JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 48	8. August 1919	י״ב אב תרע״ט	Preis 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Die zionistische Bewegung in Amerika.

Dr. B. *Mossinson*, Direktor des hebräischen Gymnasiums in Jaffa, der in Amerika während dreieinhalb Jahren des Krieges über 600 Propagandavorträge für den Zionismus gehalten und über 2½ Millionen Franken für Palästinazwecke gesammelt hat, hatte die Freundlichkeit, vor seiner Rückreise nach Palästina, während eines Aufenthaltes in Zürich, dem Vertreter der „Jüdischen Presszentrale Zürich" über den Stand der zionistischen Bewegung in Amerika, folgende Einzelheiten zu geben:

Als ich Amerika vor 7 Jahren besuchte, gehörte der zionistischen Bewegung nur ein kleines Häuflein junger Leute an. Das zionistische Office bestand damals aus einem Zimmer und war im Ghetto untergebracht. Jetzt nimmt es eine ganze Etage in einem grossen Gebäude in der 5. Avenue ein, wo über 300 Leute arbeiten. Amerika hat vielleicht zuerst eine wirkliche Organisation des Zionismus geschaffen, speziell seit dem letzten Jahre, wo das Vereinswesen aufgegeben und eine Organisation gebildet wurde, der jetzt etwa 150000 organisierte Zionisten angehören, die das 18. Lebensjahr überschritten haben. Bis zum Herbst hofft man die Organisation auf ¼ Million Mitglieder zu bringen, was nicht übertrieben ist. Zum Anwachsen der zionistischen Bewegung in Amerika haben der Krieg und die Leiden der Juden in den kriegführenden Ländern, speziell in Osteuropa viel beigetragen. Die Elemente aus dem Osten haben bis zum Kriege fast gar keine Aktivität gezeigt, sie waren von den sogenannten amerikanisierten Juden abhängig und diese waren nicht national. Während des Krieges, wo ihnen die Leiden ihrer östlichen Brüder durch die nach Amerika gekommenen Flüchtlinge so nahe kamen, haben sie begonnen, aktiv tätig zu sein, und als sie aktiv wurden, haben sie die Verantwortung gefühlt, zu denken begonnen und sich mehr in das jüdische Problem vertieft. Sie begriffen, dass die jüdische Frage *eine wirkliche Volksfrage und eine nationale Frage aller Juden ist.* Im Anfang war der Versuch gemacht worden, die russische Judenfrage, als ein rein russisches Problem hinzustellen. Man wollte nicht anerkennen, dass es sich um ein allweltlich-nationales Problem handelt. Im Erwecken eines nationalen Judentums glaubte man eine Gefahr zu sehen. Aber die Leiden der Juden in allen Ländern haben es klar gemacht, dass es ein spezifisch jüdisches *Gesamtproblem*, ein internationales Problem ist. Das hat ihre nationalen Gefühle angefacht. Die Ostjuden haben sich organisiert und begonnen, auf die Psyche der sogenannten amerikanisierten Juden zu wirken. Mit dem Vertuschen des jüdischen Problems wird es nicht weitergehen können. Der Gedanke des jüdischen Kongresses in Amerika war der Prüfstein für dieses Problem. Die assimilierten Elemente haben sich gegen den Kongress gesträubt. Sie gaben nur allmählich nach, aber die Massen haben darauf gedrungen und den Kongress durchgesetzt. Der Kongress war die grösste und schönste Dokumentierung der Nationalisierung des amerikanischen Judentums. Den Höhepunkt erreichte der Kongress, als die palästinensische Resolution und die Forderung bezüglich der nationalen Rechte der Juden in der Diaspora angenommen wurden. Als das Recht der kleinen Nationen auf Selbstbestimmung proklamiert wurde, haben die Juden Mut gewonnen, auch für sich das Selbstbestimmungsrecht in Anspruch zu nehmen. Anderseits haben sich die amerikanischen öffentliche Meinung, wie auch die leitenden Kreise ganz klar darüber ausgesprochen, dass dieses Selbstbestimmungsrecht auch für die Juden Anwendung finden müsse. Sowohl die Wilsonpartei, als auch die Republikaner unterstützen den Zionismus. Das alles zusammen hat auf die jüdische öffentliche Meinung zugleich als innerer u. äusserer Ansporn gewirkt. Jetzt beginnt der Zionismus auch in sonst ganz amerikanisierte jüdische Kreise zu dringen. Persönlichkeiten, wie Rabbiner Stephen Wise, Martin Mayer und last not least Louis D. Brandeis, der im politischen Leben Amerikas eine sehr hohe Position einnimmt, haben zur Verbreitung des Zionismus viel beigetragen. Besonders aber hat das Auftreten von Schmarjahu Lewin geradezu eine Revolution der zionist. Gedankengänge bewirkt und neue Ideen hervorgebracht, die die Zionisten Amerikas gerne aufnahmen. Es bildete sich eine neue Phase, deren Erscheinen sich bald in der gesamten Bewegung geltend machen wird. Der amerikanische Zionismus wird einen neuen grosszügigen Zug in das Wirken des Zionismus hineintragen und ein ernstes Wort mitzusprechen haben, wie es schon das Pittsburger Programm gezeigt hat. Folgende Zahlen illustrieren am besten das Anschwellen der zionistischen

Bewegung in Amerika. Im Jahre 1914 zögerten die Zionisten Amerikas ein Budget von 80.000 Dollar aufzustellen u. es galt damals als Rekord ein solches Wagnis auch nur zu unternehmen. Im Winter 1918/19 haben sie bereits ein Budget von 3 Millionen Dollar durchgeführt. Wenn noch Gegensätze zwischen den östlichen und amerikanischen Zionisten bestehen, so werden sie ohne Zweifel, in der gemeinsamen Palästinaarbeit, in der sie beide so wetteifern, ihren einigenden Ausgleich finden.

Ratifizierung des Abkommens über den Minoritätenschutz durch die Polen.

Warschau, 2. Aug. (Havas.) Nach der Rede Paderewskis ratifizierte der polnische Reichstag mit 285 gegen 41 Stimmen den Friedensvertrag und das Sonderabkommen zwischen den Polen und den Alliierten bezüglich der Rechte der Minderheiten.

Morgenthau u. das Minderheitsschutzgesetz.

Beim Empfange der polnischen Pressevertreter hatte Morgenthau den Wunsch ausgesprochen, auch von ihnen zu hören, was eigentlich die Juden tun müssten, um ein gedeihliches Zusammenleben mit den Polen zu ermöglichen. Die Pressevertreter erbaten sich Bedenkzeit und teilten Morgenthau bei ihrer zweiten Konferenz folgende Forderungen mit:

1. Die polnischen Juden müssen einen Standpunkt der Assimilierung einnehmen.

2. Sie müssen vor Europa gegen die Ausbreitung der vorurteilsvollen Meldungen über Pogrome und gegen die Klausel der internationalen Garantien Einspruch erheben, wobei schon allein die Tatsache des jüdischen Einspruches einen Wandel in ihren Ueberzeugungen bedeuten würde. Falls sich die Juden psychologisch zu einer derartigen Tat fähig zeigen würden, so könnten sie die polnische Gesellschaft veranlassen, sich den Juden gegenüber so geneigt zu zeigen, dass die jüdische Frage von selbst aufhören würde zu existieren. Es handelt sich lediglich darum, dass die Juden in geistiger Beziehung polnische Bürger werden.

Morgenthau überzeugte die Versammlung davon, dass die Klausel über den internationalen Minderheitsschutz die Ehre des polnischen Volkes nicht beeinträchtige. Er sagte: „Falls Polen noch lange über Beschlüsse debattieren wird, die bereits gefasst sind, so kann unter den Alliierten der Vorrat an Geduld erschöpft werden und sie könnten dann, England wahrscheinlich zu allererst, ihre Gunst auf andere Völker übertragen.

Wir haben Ihre weitestgehenden Hoffnungen verwirklicht, die Sie selbst für unerfüllbar hielten. *Sie sind nicht durch Ihre, sondern durch unsere Bemühungen in Erfüllung gegangen.* Wir erwarten, dass Polen jetzt das tut, was wir von ihm erwarten und dies nicht für eine Kränkung seiner nationalen Würde auslegt. Sie verstehen noch immer nicht genau den ganzen Sinn und die Universalität unserer Politik. Unser Präsident Woodrow Wilson besitzt die ausserordentliche Gabe, dass er alle 64 Felder des Weltschachbrettes gleichzeitig übersieht, während Sie in Ihrem Gesichtskreis kaum Ihr eigenes Feld übersehen können. Sie können daher nicht verstehen, dass gewisse Züge unwiderruflich sind zum Gewinnen des ganzen Spiels.

Versöhnen Sie sich also mit dieser unglückseligen Klausel, umsomehr als sogar in dem Fall, dass die Juden, wie Sie vorschlagen, selbst für die Streichung wären, dies die Sachlage doch nicht ändern würde. Sie können auf die ihnen gegebenen Rechte nicht verzichten ebenso wie die Minderjährigen, und haben das Recht, von den Normen Gebrauch zu machen, die ihre Rechte schützen."

Hierauf betonte Morgenthau mehrfach, dass der polnisch-jüdische Streit zu langwierig und zu eingewurzelt sei, um auf einmal erledigt zu werden. Bis zur Regelung der Beziehungen dürfte mehr als ein Monat ins Land gehen.

— Der „Matin" veröffentlicht ein Dekret, wonach *Morgenthau* für seine den französischen Interessen in der Türkei geleisteten Verdienste zum Kommandanten der Ehrenlegion ernannt worden ist.

— Am 28. Juli ist die Morgenthaukommission, nachdem sie in den meisten am Wege von Warschau nach Bialystok liegenden Ortschaften Halt gemacht hatte, in Bialystok eingetroffen, um auch dort Erkundigungen über die Lage der Juden einzuziehen. Ueberall bereitete die jüdische Bevölkerung massenhaft der Kommission stürmische Ovationen. Alle Juden beklagten sich über den Mangel jeglicher Arbeits- und Verdienstmöglichkeit, was auch als Antwort auf die von General Jadwin ausgedrückte Verwunderung dienen sollte, woher die Juden Zeit nähmen, an Wochentagen unbeschäftigt die Strassen zu überfüllen. In Bialystok nahmen alle jüdischen Organisationen am Empfang der Kommission teil. Zur Begrüssung meldete sich auch ein amerikanischer jüdischer Soldat, der vieles über das jüdische Leben in Polen zu erzählen wusste. Die polnische Gesellschaft Bialystoks hielt sich ziemlich reserviert und der Stadtpräsident Puchalski hat sogar für einige Tage, gleichsam absichtlich, die Stadt verlassen und es den Angestellten des Magistrats überlassen, alle nötigen Vorkehrungen zu treffen.

Warschau. Es verlautet, dass Morgenthau vor seiner Abreise nach Litauen, eine politische Aktion eingeleitet hat, die auf das friedliche Zusammenleben der Juden und Polen einwirken soll, und die darin besteht, dass Paderewski bei einem Besuche einer Synagoge, wohin viele jüdische Vertreter eingeladen sind, durch eine politische Rede eine Aenderung in den jüdisch polnischen Beziehungen herbeiführen soll. In Verbindung damit steht auch die beschleunigte Rückkehr Morgenthaus aus Litauen. Dass Morgenthau grosse Hoffnungen auf die von ihm unternommene Aktion setzt, ersieht man auch aus seiner in Bialystok gehaltenen Rede, wo er angedeutet hat, dass Paderewski gleich nach Rekonstruktionen seines Kabinettes daran gehen wird, dem jüdisch-polnischen Streite ein Ende zu bereiten und auch die polnische Presse von ihrer Hetze gegen die Juden absehen wird. (Hajnt)

— Die polnische Presse kann sich noch immer nicht wegen der Morgenthaukommission beruhigen. Die jetzt in Amerika vorkommenden Negerunruhen

ausnützend, bemerkt sie, dass Polen eigentlich auch nach Amerika eine Untersuchungskommission entsenden sollte. Die „Prawda Robotnicza“ veröffentlicht weitere Hetzartikel, trotz Konfiskation ihrer früheren Notizen. Sie schreibt jetzt wieder: Das polnische Volk, dem anzugehören das jetzige Geschlecht die Ehre hat, dieses mächtige Volk, das ein so prächtiges Blatt der Geschichte ausfüllt, dieses Volk ist heute nach Wiedererlangung seiner Unabhängigkeit, Sklave der eingewanderten, von allen Völkern verachteten Juden geworden. In unsere helle Republik hat sich irgend eine heimlose Bande von Juden, mit irgend einem Morgenthau an der Spitze verirrt und hat die Frechheit, in unserer uralten Stadt irgendwelche Konferenzen abzuhalten, wo man zusammen mit den „Jüdchen“ aus den „Jargonòwki“ die Frage behandelt, ob wir „bestraft“ werden sollen. Unter Bestrafung versteht man vor allem eine Geldentschädigung. Man will zugleich zwei Hasen im Feuer braten: materiellen Nutzen erzielen und Polen vor der Welt anschwärzen. Diese Gäste strengen ihr Gehirn an, um sich bei uns ein Paradies und uns eine Hölle zu schaffen.

Die Tragödie der polnischen Juden.

Unter diesem Titel veröffentlicht der bekannte Publizist Dr. A. *Charasch,* der eine Autorität in osteuropäischen Fragen ist, in der „Neuen Zürcher Ztg.“ vom 5. und 6. Aug. (Nr. 1170 und 1174) einen Artikel, der zweifelsohne auch in führenden polnischen Kreisen weitgehendste Beachtung finden wird, zumal der Verfasser während des Krieges wiederholt mit Unzweideutigkeit und Schärfe für die polnische Unabhängigkeit eingetreten ist.

Von den markantesten Stellen seien hier einige gekürzt wiedergegeben: Jenseits der Landesgrenzen Polens sehen seine Freunde mit einem Gefühl tiefer Wehmut und Bangigkeit dem Kommenden entgegen. Das Reich, kaum auf die Beine gestellt, legt eine gefährliche Ländergier an den Tag! Auf der andern Seite sollen die auf den Ruinen der einstigen Staatlichkeit neu errichteten Mauern mit jüdischem Blut gekittet werden — wie zu Zeiten des ägyptischen Pharaos!... Der polnische Pogrom-Orkan, der ohne ein Ende nehmen zu wollen, wütet und eine jüdische Ansiedlung nach der anderen verschlingt, übersteigt auch die höchsten Rekordleistungen der berühmt gewordenen russischen Pogromhorden, die das europäische Gewissen aufs tiefste verletzt und lange Jahre im Banne gehalten haben. Die Taten der polnischen schwarzen Helden zeichnen sich aus durch ihre Brutalität, gepaart mit jenem polnischen Raffinement, das in der Welt sprichwörtlich geworden ist... Ein weiterer Zug, den die unaufhaltsame polnische Pogromwelle aufweist, ist, dass ihre Antreiber polnische Legionäre, Soldaten und Offiziere sind. Und was dieses düstere Bild bedenklich einrahmt, ist, dass alledem die Führer der polnischen Nation im besten Falle ganz teilnahmslos gegenüberstehen, gar oft aber sich ihre repräsentativen Geister zu Mitverschworenen der schweren Verbrechen an der Humanität u. der Entweihung der Glorie Polens machen. Es ist zum verzweifeln und bildet die flammendste Anklage, wie Männer, deren Wort auch im Getose von heute noch etwas wiegt, sich in Schweigen hüllen.... Um die Anklagen zu entkräften, schicken die Polen zunächst ihre Dementiergeschütze ins Treffen; indes, diese haben keine Zugkraft mehr.... Sodann suchen die wirklich Schuldigen nach vermeintlichen Schuldigen, und es ist bereits Schablone geworden, den Juden herbeizuziehen, der bald die Lebenshaltung verteuert, bald Polen an die Deutschen (früher natürlich an die Russen) verrät, bald Bolschewik ist, meistens aber alle drei unehrenhaften Eigenschaften und noch andere mehr verkörpert... Was vollends die bequeme Formel: Jude gleich Bolschewik anlangt, so bedienen sich die Polen auch hier einer zeitgemässen Zielscheibe; aber den Reinwäschern wird es auch bei vollkommenster Taschenspielerkunst nicht gelingen, glauben zu machen, dass die hingeschlachteten Männer, Frauen, Greise und Kinder samt und sonders Lenins Jünger waren. Die Juden nehmen einen ansehnlichen Anteil an der bolschewistischen Bewegung; freilich, von dieser Feststellung bis zur Identifizierung von Judentum und Bolschewismus ist eine weite Distanz! Aus den jüdischen Reihen ist bereits mancher Kämpfer und Rächer *wider den Bolschewismus* erstanden...

Die polnischen Führer sollten ihre von altererbten Vorurteilen belastete Taktik aufgeben und nicht verlangen, dass die Gleichberechtigung der Juden an die Voraussetzung ihrer *nationalen Entäusserung* geknüpft werde. Nehmen doch selbst ernste Polen, die sog. „Polen jüdischen Bekenntnisses“, die Herren Natanson, Dickstein und Konsorten nicht ernst die s. Z. zu Stolypin, dem Würger aller russischen Völker, nach Petersbnrg pilgerten, um ihn zu beschwören, den Juden Polens keine Autonomierechte zu oktroyieren und die neulich auch einen Bittgang, diesmal natürlich nach Paris unternahmen, wo der Servilismus sich aber eine kräftige Schlappe zugezogen hat... Polnischer Weitblick sollte nun die jüdischen Narren eines Besseren belehren: die nationalen Rechte sind heute eine Elementarordnung, die nichts verhindern kann, sich durchzusetzen. Und auf der anderen Seite bilden sie keinesfalls die Gefahr eines Staates im Staate, vielmehr sind sie geeignet, dem nationalistischen Hader die Spitze abzubrechen und einen Ausgleich herbeizuführen, unter welchem Polen erst gedeihen und sein Stern erstrahlen wird.

Die Judenmetzeleien in Odessa.

Paris, 28. Juli. Die letzten Judenpogrome in Odessa haben ausserordentlich grosse Opfer an Menschenleben gefordert und es scheint, dass sich die Pogrombewegung weiter auf die Umgebung fortsetzen wird. Das Komitee der Jüdischen Delegationen in Paris hat seinen derzeitigen Präsidenten Sokolow beauftragt, bei den Friedensdelegierten der einzelnen Staaten vorzusprechen, um die Alliierten neuerlich zu ersuchen, gegen diese Pogrome energische Massregeln zu ergreifen.

Fasttag in Kischinew.

Die rumänische Agentur „Dacia“ meldet aus Kischinew: Wegen der Judenpogrome in der Ukraine ordnete der Rabbiner Tirelson in Kischinew an, dass am Donnerstag den 31. Juli alle Juden fasten und Gebete verrichten müssen.

— Die Journalisten *Koralnik* und Meir *Grossmann* haben sich aus der Ukraine in Angelegenheit der Pogrome nach London begeben.

Die ukrainische Regierung über die Pogrome.

Mit Rücksicht auf die Meldungen der Jüdischen Delegationen in Paris über die in der Ukraine vorgekommenen Pogrome, veröffentlicht die ukrainische Mission in Paris eine ausführliche, ihr von der Regierung zugegangene Note. Die ukr. Regierung behält sich vor, nach durchgeführten Erhebungen genaueres Material zu veröffentlichen, erklärt aber schon jetzt, dass wohl in Pr.skurow, Kamenetz-Podolsk und Jekaterinoslaw Pogrome vorgekommen sind, aber wie man aus der unrichtig angegebenen Zahl der Verwundeten entnehmen könne, stamme die Aufmachung von einer der Ukraine feindlichen Seite. Dass in Gebieten, wo das Direktorium nicht herrscht, sondern destruktive Elemente schwarze Banden bilden, anarchische Exzesse vorkommen, ist eine unvermeidliche Folge revolutionärer Kämpfe. Dazu kommt, dass die Bevölkerung durch das alte Regime daran gewöhnt wurde, stets die Juden als die an jedem Uebel Schuldigen zu betrachten. Die Note weisst darauf hin, dass ebenso wie im Jahre 1905 die Pogrome damit begründet wurden, dass alle Juden Kadeten wären, man auch jetzt die Begründung höre, dass alle Juden Bolschewisten seien, obwohl notorisch feststeht, dass die grosse Gruppe der jüdischen Kaufleute und Arbeiter Gegner des Bolschewismus sind. Das Direktorium arbeite mit äusserster Energie an der Durchführung der staatlichen Organisation der Ukraine und auch daran, die Schmach der Pogrome wegzuwischen, dieses verwünschte Erbe des alten Regimes, das die ukrainische Nation vor der Geschichte und der zivilisierten Welt erniedrigt.

— Der Ukrainische Pressedienst meldet: In Kamenetz-Podolsk wurde eine Untersuchungskommission der Regierungsbehörden in Angelegenheit der Judenpogrome errichtet.

— Ein bolschewistisches drahtloses Telegramm berichtet, dass auf einem Meeting der Kiewer Geistlichkeit ein Vorschlag, die Geistlichen möchten erklären, dass sie den Pogromen fern stünden und an das Volk zu appelieren keine Pogrome mehr zu veranstalten, einstimmig abgelehnt wurde.

Verbot der hebräischen Sprache.

Die „Westminster Gazette“ berichtet nach einem bolschewistischen Radiotelegramm, dass das Sovietkommissariat ein Dekret erlassen habe, wonach die hebräische Sprache in keiner Schule mehr gelehrt werden dürfe, weil sie tot sei und vom jüdischen Volke nicht mehr benutzt werde.

— Der Kiewer jüdische-kommunistische Verband wandte sich mit einem Memorandum an den Volkskommissar für innere Angelegenheiten mit der Forderung, die Tätigkeit aller zionistischen Organisationen und der mit ihnen in Arbeitsgemeinschaft stehenden Anstalten zu verbieten, weil die Zionisten Verbündete der Entente sind. („Tog“, Wilna.)

(Bei alledem entblöden sich nicht die polnischen Zeitungen, zu berichten, dass der Bolschewismus in der Ukraine öffentlich als Zionismus zu Tage tritt und dass Mitglieder des Soviet als Abzeichen den Magen David tragen.)

Amerika oder England als Mandatar Palästinas.

Der „Times“ wird telegraphiert, dass man in Paris die amerikanische Kommission erwartet, die in Syrien und Palästina Untersuchungen über die Wünsche der dortigen Bevölkerung anstellen sollte. Erst nach Berichterstattung dieser Kommission wird man sich mit der Frage der Verteilung der Mandate im Orient beschäftigen. Im allgemeinen hängt die Lösung stark davon ab, ob Amerika sich entschliessen wird, ein Mandat über Armenien und Konstantinopel anzunehmen. Es wird behauptet, dass der Bericht der amerikanischen Kommission dahingehend lauten werde, dass die Bevölkerung von Syrien und Palästina, Amerika als Mandatar wünscht und falls Amerika ablehnen sollte, England zu wählen. Die französische Presse tritt mit der Beschuldigung hervor, dass diese Stellungnahme der syrischen und palästinensischen Bevölkerung das Resultat der von englischen Agenten geführten Propaganda sei.

— Der „Times„-Korrespondent in Kairo meldet: Aus Syrien angekommene Personen berichten über das Resultat der Nachforschungen der amerikanischen Kommission: Eine grosse Majorität der Einwohner der syrischen Dörfer verlangt absolute Selbständigkeit. Falls dies unmöglich sei, verlangen sie ein amerikanisches Mandat oder wenigstens ein englisches, weigern sich jedoch unter die Kontrolle irgend einer andern Macht zu kommen. Beirut, Libanon und ein Teil der Bewohner der Meeresufer erklärten sich mehrheitlich für ein französisches Mandat, was auch die Majorität der Katholiken wünscht, während die Anhänger der orthodoxen Kirche teils für Frankreich, teils für England sind. Ausser der jüdischen Minorität ist in Palästina niemand für den Zionismus. Palästina wünscht im allgemeinen Amerika oder England als Mandatar, die Mohammedaner ziehen England, die Christen Amerika vor. Falls Palästina unter das Mandat einer der zwei anglosächsischen Staaten kommen sollte, wird dieses ein starkes Argument dafür bilden, dass dieselbe Macht auch das Mandat über den übrigen Teil von Syrien, ausser Beirut und Libanon, erhalten soll.

Dank Wilsons an Sokolow.

Anlässlich des amerikanischen Unabhängigkeitstages hat auch Sokolow das Gratulationstelegramm an Präsident Wilson mitunterschrieben. Sokolow erhielt nun am 22. Juli folgende, vom Generalsekretär der amerikanischen Delegation an der Friedenskonferenz in Paris übermittelte Antwort Wilsons:

„An die Herren E. K. Venizelos, N. P. Paschitsch, Edward Benes, Boghos Nubar Pascha und Nahum Sokolow: Es bewegt mich aufs tiefste, dass Sie so vollständig die herzliche Sympathie würdigen, die ich für die Sache der Gerechtigkeit, insbesondere für die Nationen fühle die, weil sie weniger stark sind als die stärksten, bisher mit wenig Hoffnung für die Verwirklichung ihrer höchsten und durchaus berechtigten Bestrebungen gekämpft haben. Es gibt mir neuen Mut und neue Freude an dem Werke, das ich zu leisten versuche, dass Sie mich mit einem solchen Gruss erfreut haben.“

Gründung einer Nordau-Stadt.

Namens des Zionistischen Aktionskomitees erliessen *Sokolow* und *Weizmann* einen Aufruf für die Schaffung eines Werkes in Palästina das Nordaus Namen in würdiger Weise verewigen soll. Die Ausführung dieses Planes wurde dem Jüdischen Nationalfonds übertragen. Das Verwaltungskomitee des Jüdischen Nationalfonds erlässt demzufolge die Aufforderung zu einer Geldsammlung von 10 Millionen, die zur Bodenerwerbung für eine Gartensiedlung in Palästina bestimmt sind. In dieser Siedlung, die den Namen *„Nordau-Stadt“* führen wird, sollen Wohnungen, zu volkstümlichen Preisen für eine grosse Menge von glücklich nach Palästina Heimgekehrten, erbaut werden.

Aus der Misrachi-Bewegung.

Aus Misrachi-Kreisen wird der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ gemeldet: In Amerika befinden sich heute 30,000 organisierte Misrachisten. In New-York allein 56 Misrachi Vereine mit einem jährlichen Budget von 800,000 Dollar. In Palästina bestehen im sämtlichen Städten und Kolonien Misrachi-Vereine. Rabbi Cohen Fischmann begab sich von New-York nach Palästina, um dort die Misrachibewegung zu reorganisieren, wofür der amerikanische Misrachi 25,000 Dollar spendete. Im Monat Kislew soll eine allweltliche Konferenz sämtlicher Misrachi-Föderationen, womöglich in Jerusalem, sonst in London, stattfinden. In dieser Konferenz soll die Stellungnahme zum Zionismus und den verschiedenen orthodoxen Organisationen festgesetzt werden. Der englische Misrachi ist sehr rührig unter Leitung des Chiefrabbi Dr. Hertz und Rabbi Dr. Schönfeld und steht in enger Verbindung mit dem Zentralbüro der zion. Organisation. Es haben Besprechungen mit den Zionistenführern in London stattgefunden, um zu veranlassen, dass die Universität in Jerusalem keine theologische Fakultät besitzen soll. Hingegen soll der Misrachi eine Hochschule für jüdische Wissenschaften errichten. An der letzten Sitzung des Exekutivkomitees der englischen Misrachi wurde mitgeteilt, dass neue Gruppen in Saloniki, Boulogne und Antwerpen gegründet worden sind. Aus Paris wurde mitgeteilt, dass man bestrebt ist, in Elsass-Lothringen Misrachi-Gruppen zu bilden.

Der sozialistische Zionismus.

„Humanité vom 27. Juli bringt unter obiger Überschrift einen längeren Artikel von Dr. Nahum Syrkin, dem bekannten Poale-Zionistischen Führer Amerikas, der gegenwärtig als Mitglied der amerikanischen jüdischen Delegation in Paris weilt. Nachstehend eine stark gekürzte Wiedergabe der dort ausgeführten Grundgedanken: Der sozialistische Zionismus, der kürzlich von der Internationale anerkennt wurde, verdient das Interesse des gesamten Sozialismus. Das jüdische Proletariat ist eng mit dem sozialistischen Weltproletariat verbunden; es leidet an derselben sozialen Misere nährt dieselben Hoffnungen, dieselben Bestrebungen, aber gleichzeitig ist es ein integrierender Bestandteil der jüdischen Nation im historischen und kulturellen Sinne des Wortes — Die historische Bedrückung, die auf dem gesamten jüdischen Volk lastet, das ohne Territorium und politischen Status ist — wird von dem jüdischen Proletariat noch stärker empfunden.

Der Sozialismus, der in seinem Ursprung Assimilator ist, wurde für die jüdischen Massen einer der Faktoren der nationalen Wiederauferstehung. In der Weise wie der Sozialismus an Ausdehnung gewann, entwickelte sich das jüdische Leben im nationalen Sinne. Das Jiddisch, das Hebräisch und die nationale Literatur haben einen neuen Aufschwung genommen. Die Massen haben sich überall organisiert: in Amerika, Russland, Polen, Rumänien, in England, selbst in Paris. Sie haben jüdische sozialistische Parteien, Vereinigungen, Arbeitsgenossenschaften gegründet. Trotz ihrer ursprünglichen Absicht, haben diese Organisationen das nationale Gefühl gestärkt. Die Wiederherstellung des nationalen Gefühls hat das jüdische Proletariat allmählich zum Zionismus geführt, aber zu einem sozialistischen Zionismus, der philosophisch, ökonomisch und politisch sich dem bürgerlichen Zionismus entgegenstellt. Geschichtlich ist die sozialistische Idee bei den Juden geweckt worden durch den grossen Sozialisten *Moses Hess,* den Freund und Mitarbeiter von *Karl Marx,* dessen Buch „Rom und Jerusalem“ im Jahre 1862 erschienen ist.

Mit dem Waffenstillstand ist der Zionismus und speziell der sozialistische Zionismus in die Phase der praktischen Verwirklichung getreten. Man diskutiert unter den Zionisten die soziale Basis, auf der die jüdische Kolonisation gegründet werden soll. Wird die jüdische Gemeinde eine Neuauflage der kapitalistischen Gesellschaft sein, oder wird sie sich auf neuen sozialen Grundlagen aufbauen, auf dem Prinzip der Nationalisierung des Bodens, der Sozialisierung der öffentlichen Betriebe, der Industrie, des Geld-Verkehrs? Hier berührt sich der sozialistische Zionismus mit dem internationalen Sozialismus. Dieser ist heute Zeuge der heroischen Anstrengung, die die jüdischen Massen machen, nach Palästina zurückzukehren, um dort eine messianische Gemeinschaft zu gründen, die in Uebereinstimmung mit dem sozialistischen Ideal steht. In allen Ländern wachen die Juden auf, bereiten sich auf diesen grossen Exodus nach dem nationalen Heim, nach dem neuen Zion — dem „neuen Jerusalem“ vor.

Chronik.

Polen.

Neue jüdische Lehranstalt.

In *Lodz* wird ein neues Gymnasium eröffnet, das für die Kinder der religiös gesinnten jüdischen Bevölkerung bestimmt ist.

— In *Bialystok* wurde unter dem Namen „Taassija“ eine Gesellschaft für Tuchfabrikation in Palästina mit einem Grundkapital von 5 Millionen Mark gegründet. Ein Teil der Gründer hat beschlossen, nach Palästina überzusiedeln und dort an der Arbeit aktiv teilzunehmen.

Aufhebungen der Judenbeschränkungen in Litauen.

Warschau, 4. Juni. Auf der gestrigen Sitzung des Landtages brachten die Abg. Grünbaum, Hartglas, und Farbstein einen Dringlichkeitsantrag ein, in Angelegenheit der Aufhebung der Beschränkungen für Juden in Litauen.

— Ende Juli entschloss man sich, in Wilna plötzlich eine militärische Vorzensur für alle Zeitungen einzuführen. Die in den vorzulegenden Korrekturbögen beanstandeten Stellen dürfen weder gedruckt noch als weisse Zensurlücken dem Leser erkennbar sein.

Radom. In Ostrowiec wurden am 18. Juli bei einem Spaziergang 58 jüdische Arbeiter unter der Beschuldigung des Bolschewismus verhaftet. Die Spaziergänger wurden von den Soldaten geschlagen, wobei ein Soldat sein Gewehr abfeuerte. Dies gab Anlass zu der Behauptung, jüdische Bolschewisten hätten eine Schiesserei veranstaltet. Nach Freilassung der weniger als 17 Jahre zählenden Juden, wurde der Rest im Arrest zurückbehalten wegen angeblicher Ueberfälle auf das Militär.

— Da der Lodzer Polizeichef das Aushängen jüdischer Schilder verboten, ja sogar bestraft hatte, erliess jetzt auf Intervention des Jüdischen Nationalrates der Minister des Innern einen Erlass, wonach keine gesetzliche Handhabe für das Verbot jüdischer Schilder vorliege, und hob die diesbezügliche Polizeiverordnung auf.

Tschecho-slovakischer Staat.

Ausweisungen der Flüchtlinge aus Prag.

Die Prager-Polizei-Direktion hat verordnet, dass mit Rücksicht auf die Besserung der Verhältnisse in Galizien alle Flüchtlinge aus Polen Prag bis zum 20. August verlassen müssen, ansonsten sie nach Krakau abgeschoben werden.

Rumänien.

— Der rumänische Gewährsmann der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ schreibt: Die rumänische Regierung ist von ihrem Plane, jetzt Neuwahlen durchzuführen, abgekommen und hat ein königliches Dekret erlassen, laut welchem die Nachwahlen für die Kammer auf den 15., 16., 17. September, die Wahlen für den Senat auf den 20. und 21. September festgesetzt wurden. Diese Daten sind offenbar mit Rücksicht darauf bestimmt, dass in dem von Oesterreich unterfertigten Vertrag die Grenzen Rumäniens nach Westen bereits endgültig fixiert sein werden. Wahlberechtfgt sind alle grossjährigen rumänischen Staatsbürger im alten Königsreich, in der Bukowina, in Bessarabien, Siebenbürgen, dem Banate und den ungarischen Gebirgsteilen. Die Wahl erfolgt in Wahlkreisen nach dem allgemeinen, gleichen direkten, obligatorischen und geheimen Stimmrecht. Auf je 30,000 Bewohner eines Wahlkreises und je 20,000, die diese Zahl übersteigen, fällt ein Abgeordneter; auf je 70,000 Bewohner und je 46,000 eines Wahlkreises, die diese Zahl übersteigen, entfällt ein Senator. Die Durchführungsvorschriften zu diesem Dekrete, das wie alle rumänischen Gesetze eine sehr gefällige Form hat, die aber niemanden mehr täuscht, stehen noch aus. Man weiss nicht, ob Proporz oder Majoritätssystem Grundlage des Verfahrens bildet und nach welcher Geometrie die Wahlkreise geschnitten werden. Bei ordnungsmässiger Regelung des Wahlrechtes müssten den Juden von zirka 500 Sitzen der Kammer ungefähr 35, von zirka 200 Sitzen im Senate ungefähr 14 zufallen. Allerdings, man weiss auch noch lange nicht, *wer* rumänischer Staatsbürger ist. Aus dem für die Wahlen zur Konstituante bestimmten Zeitpunkt geht klar hervor, dass Rumänien den analogen Vertrag wie ihn Polen unterschrieben hat, unterfertigen wird. Sonst bekommt es eben nicht die alten österreichischen Provinzen. Wozu also der Lärm wegen der Sicherung der Minoritätsrechte? So orientiert ist heute jeder, dass er den glatten Versicherungen rumänischer Staatsmänner keinen Glauben schenkt und dass man aus ihren Handlungen Schlüsse, die sich leicht ergeben, ziehen kann. Soll die Sprödigkeit gegenüber den Minoritäten oder gegenüber alliierten Staatsmännern wirken? In beiden Richtungen ist die Mühe vergeblich. Bleibt als Trost nur der Belagerungszustand und der Verwaltungsapparat, zwei Mittel, die bisher in Rumänien den Regierungskreisen in allen Nöten erfolgreich gedient haben.

— Der bekannte amerikanische Poalezionist *Baruch Zuckermann*, der auf der Rückreise nach Amerika in Paris weilt, äusserte sich einem Mitarbeiter der „Jewish Times“ gegenüber, in allgemeinen Umrissen über die Verhältnisse in Rumänien. Die jetzige rumänische Regierung tue alles, um den Juden in Rumänien verstehen zu geben, dass sie selbst gegen die Einmengung der Alliierten bezüglich der jüdischen Rechte auftreten sollen, da die Einmengung ein Attentat auf die rumänische Souveränität bildet. Es wird den Juden suggeriert, dass ein solches Auftreten ihrerseits für die Regierung der beste Beweis sein würde, dass die Juden wirklich gute rumänische Bürger sind, wie sie es unaufhörlich behaupten. Es soll sich also niemand wundern, meint Zuckermann, wenn demnächst eine kleine Gruppe von Juden diese ihnen eingegebene Meinung zum Ausdruck bringen wird. Sie werden für diesen Zweck sicherlich ausser moralischer auch finanzielle Unterstützung finden. Die jüdische Oeffentlichkeit möge also gewarnt sein.

Deutsch-Oesterreich.

Die Ausweisung der Fremden aus Wien.

Die Intervention des Oberrabb. Dr. *Chajes* und Abg. *Stricker*, bei Staatskanzler *Renner* (siehe Telegr. in J.P.Z. No. 47.) hatte vollen Erfolg. Bei der Plenarsitzung des Jüdischen Nationalrates für Deutsch-Oesterreich erklärte Abg. Stricker, dass laut Rücksprache mit Staatssekretär Eldersch nur eine Perlustrierung der Fremden in Wien vorgenommen werden soll und erst auf Grund der Ergebnisse dieser Durchmusterung werde mit Ausweisungen begonnen werden. Die Regierung mache es sich zur Pflicht in allen Fällen Rücksicht walten zu lassen in denen sie geboten erscheint.

— Der *„Verein zur Wahrung der Interessen des orthodoxen Judentums in Wien und Niederösterreich“*, der schon bisher im innigsten Zusammenhange mit der Agudas Jisroel stand, hat in seiner Sitzung vom 6. Juli ds. J. beschlossen, sich auch offiziell als Agudas Jisroel-Landesorganisation zu erklären. — Auch die Organisation „Sinai“ in Prag ist als solche der *„Agudas Jisroel“* beigetreten.

Deutschland.

Jüdische Palästina-Baugesellschaft.

In *Berlin* wurde die Gründung einer Gesellschaft zur Ausführung von Bauten, vorerst hauptsächlich für die grosse Masse der Einwanderer, von einigen russischen und deutschen Zionisten, Technikern und Kaufleuten, mit Beteiligung des Palästina-Industrie-Syndikates vollzogen. Die Gründer beabsichtigen, bei erster

Möglichkeit nach Palästina zu gehen und die Tätigkeit dort aufzunehmen. Die anlässlich der Palästinatagung veranstaltete kleine Ausstellung der Baugesellschaft von Plänen und Modellen zur Entwicklung des Kleinwohnungwesens in Palästina, fand viel Beifall.

— Der Vorstand des Gruppenverbandes der „Agudas Jisroel“ in Deutschland ersucht uns um Abdruck folgender Mitteilung:

Der Delegiertentag des Gruppenverbandes der „Agudas Jisroel“ in Deutschland ist auf Mittwoch, den 3. September nach *Halberstadt* mit der folgenden Tagesordnung einberufen: Vorlage des Rechenschaftsberichts; „Aufgaben der deutschen Orthodoxie in Erez Jisroel“ (Dr. Moses Auerbach-Petach Tikwa); „Die Propaganda der „Agudas Jisroel“ in Deutschland und die Wirksamkeit der Ortsgruppen“ (Dr. Isi Kahn, Berlin); Arbeit und Aufgaben der A. J. Jugendorganisation für „Agudas Jisroel“ (Dir. Dr. Lange, Frankfurt a. M.); „Die Ostjudenfrage in Deutschland“ (Gottfried Goldschmidt, Halberstadt); Anträge; Wahlen.

England.

Abreise Rabbi Cooks nach Palästina.

Aus London wird der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ telegraphiert: Donnerstag den 7. August tritt Rabbi *Cook* seine Reise nach Palästina an.

— „The Nation“ vom 18. Juli schreibt wörtlich: Wenn die Polen auf die gute Meinung irgend eines Menschen in England Wert legen, so ist es absolut notwendig, dass sie den Judenmassakers ein Ende machen. Erst dann, wenn wir von einer gerechten Bestrafung der Schuldigen an den letzten Pogromen in Polen etwas gehört haben werden, werden wir mit mehr Ueberzeugung für die Forderung der Polen von Kredit für die Lieferung der Rohmaterialien die sie benötigen, eintreten können.

Frankreich.

Der Zionismus und die Palästinafrage in der französischen Kammer.

In der französischen Kammer kritisierte Abgeordneter *de Monzie* Frankreichs Beziehungen zum Vatikan und die Haltung des Ministeriums des Aeusseren dem Zionismus gegenüber. Sich persönlich an den Minister wendend fragte de Monzie:

„Glauben Sie, dass es eine richtige Politik ist, den Zionismus zu ignorieren, wie Sie es getan haben, und sich mit einer Vorrede zu den Schriften des Herrn Sokolow zu begnügen und den Fusspuren des Herrn Balfour oder anderer Förderer eines jüdischen Staates zu folgen? Sie wissen, dass Völker, und insbesondere die jetzt entstehenden neuen Völker, sich nicht mit Manifestationen und Gefühlen begnügen. Glauben Sie, dass die Elite der Juden, wenn sie das Land ihrer Sehnsucht wiedererlangt haben, zögern wird in der Wahl zwischen der eloquenten Vorrede, die Sie zum Buche des Herrn Sokolow geschrieben haben, und der praktischen und wirksamen Hilfe, die die amerikanischen Zionisten in Uebereinstimmung mit Oberrichter Brandeis und Präsident Wilson der Errichtung eines jüdischen Staates oder einer jüdischen Heimstätte zu Teil werden liessen? Die Zionisten werden sagen: Frankreich hat gesprochen, aber nicht gehandelt.

Sie haben zwar einen Vertreter in der Kommission, die mit der Organisierung einer jüdischen Heimstätte in Palästina beauftragt worden ist. Aber wer ist dieser Vertreter? Ein ehrenwerter, aber unbedeutender Herr, ein naturalisierter Bulgare, ein sehr braver Mann, der aber gegenüber den bedeutenden Persönlichkeiten, durch die England und Amerika vertreten sind, den Eindruck hervorrufen wird, dass Frankreich die Schulden des Herzens, zu deren Anerkennung es sich verpflichtet hat, nur mit Abzügen bezahlen will.“

Palästina.

Plötzliche Abreise Louis Brandeis nach Europa.

Der palästinensische Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ berichtet: Oberrichter Brandeis, de Haas, Prof. Zimern, und Rosoff haben unerwartet Jerusalem verlassen und sich zusammen mit Dr. Friedenwald und Robert Sold nach Europa begeben, um dort an der Sitzung des Grossen Aktionskomitees Teil zu nehmen, dem sie einen genauen Bericht über die palästinensischen Verhältnisse übergeben werden.

In „Hadshot Haaretz“ veröffentlicht Dr. Friedenwald einen Abschiedsgruss, worin er u. a. schreibt: Wir verlassen euch früher, als wir es voraussehen konnten, da wir beschlossen haben, Herrn Brandeis und Genossen nach Europa zu begleiten. Wir sind sicher, dass unsere Teilnahme an der Sitzung des Grossen Aktionskomitees erheblichen Wert für unsere Bewegung haben wird. Wir werden dort unsere in Palästina gesammelten Erfahrungen vorbringen, die von grossem Nutzen für die zu fassenden Beschlüsse und die Entwicklung wie auch weitere Tätigkeit des „Waad Hazirim“ sein werden.

— Die Banken fast aller an der Levante interessierten Länder richten jetzt ihr Augenmerk auf Palästina. Neben den bisher schon bestehenden Banken, arbeiten gegenwärtig noch die Anglo-Egyptian und die Banca di Roma mit Filialen in Jaffa und Haifa. Es verlautet, dass zum Crédit Lyonais, der schon seit langem in Palästina besteht, noch eine andere französische Bank hinzukommen werde. Auch eine griechische Bank schreitet zur Errichtung einer Filiale in Jerusalem. Die Firma Boulton & Co. eröffnet ein Kontor in Haifa.

— Die Häfen von Palästina werden jetzt regelmässig angelaufen werden: von einer englischen Schifffahrtslinie, von den jetzt Italien gehörenden Schiffen des früheren österreichischen Lloyd, den Schiffen der national griechischen und der ägyptischen Linie. Binnen kurzem sollen auch die „Messageries maritimes“ einen Schiffahrtsdienst mit Anlauf palästinensischer und syrischer Häfen eröffnen.

— Die Realschule von Haifa macht ständige Fortschritte. Sie hat gegenwärtig beinahe 300 Schüler. Die Schule ist jedoch derzeit noch in schlechten Lokalitäten untergebracht, da das hierzu bestimmte Gebäude noch für andere Zwecke benützt wird.

Appell an den Papst.

Das Aschkenasische Jüdische Council hat im Namen der Jerusalemer Judenschaft durch den lateinischen Patriarchen in Jerusalem Monsignore Filippo Camasso, an den Papst einen Brief gerichtet, mit dem Appell, seinen Einfluss bei den katholischen Völkern in Polen und Litauen geltend zu machen, um den Judenmassakers ein Ende zu bereiten.

Eine zweite hebräische Tageszeitung.

Eine neue hebräische Tageszeitung beginnt demnächst in Jerusalem unter dem Namen „Duar Hajom“ (Tagespost) zu erscheinen, für die bereits durch grosse Maueranschläge Reklame gemacht wird.

Schweiz.

Zum Aufenthalte Dr. Weizmanns in der Schweiz.

Aus Engelberg wird der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ berichtet: An den Besprechungen der zionistischen Führer nahmen teil: Prof. *Weizmann,* Prof. *Warburg,* Dr. *Hantke,* Dr. *Ruppin* und *Berthold Feiwel,* sowie der Sekretär des E.A.C., *Berger.* Die Beratungen waren vertraulich. Am 31. Juli feierte die durch den „Hechawer“ vertretene zionistische Jugend die Führer auf einem Bankett, an welchem auch einige Gäste aus Palästina teilnahmen. In seiner Bankettrede schilderte Weizmann die Anfänge der Organisation in jenen Zeiten der Gährung und des Suchens in den Reihen der Jugend. Jetzt ist die Bewegung gross und mächtig geworden und der Tag der Krönung unserer Hoffnungen ist nicht mehr fern. Es heisst heute zu zeigen, dass wir es mit Palästina ernst meinen und jüdische Arbeit und jüdisches Geld zur Verfügung des Landes halten.

Von der Internationalen Sozialistenkonferenz in Luzern.

Der Berichterstatter der Jüdischen Presszentrale meldet aus Luzern:

An der Internationalen Sozialistenkonferenz wurde ein von der Poale-Zion-Sektion gestellter Antrag, dass eine Untersuchungskommission geschickt werde nach Polen, der Ukraine und nach den von Polen besetzten Gebieten Litauens zur Untersuchung der Pogrome eingebracht. Der Antrag wurde von Chasanowitsch und Kaplanski eingebracht und wird von verschiedenen Sektionen unterstützt.

Auf der Sitzung vom 6. August hat der Berichterstatter der Reorganisations-Kommission *Vliegen* (Holland) bei der Begründung des neuen Statuts der Internationale mitgeteilt, dass der folgende Punkt: „Vertretung und Verteidigung der unterdrückten Völker und Rassen“ auf Wunsch der Poale-Zion als eines der Ziele der Internationale in die Statuten aufgenommen worden ist Bei dieser Gelegenheit protestierte Vliegen gegen die Judenpogrome in Polen und sagte, dass die polnischen Sozialisten sich durch ihre Passivität mitschuldig gemacht haben. Er appellierte an die polnischen Sozialisten, in Zukunft ihre Pflicht zu erfüllen.

Die zur Beratung der allgemeinen internationalen Politik von der Konferenz erwählte erste Kommission ernannte zu ihrem Präsidenten Engberg (Schweden), zum ersten Sekretär Ramsey Mac Donald und zu beigeordneten Sekretären Grumbach (Frankreich) und *Kaplanski* (Palästina).

L. Chasanowitsch hat als erster Diskussionsredner zum Punkte der Statuten der Internationale die Stellung des Poale-Zion-Verbandes präzisiert. In der Hauptsache forderte er, dass die Internationale aus einem Vermittlungsbureau in das höchste legislative und exekutive Organ des internationalen Proletariats verwandelt werde, dass sie den Klassenkampf im internationalen Masstabe führe und verlangte die Verbindlichkeit der Beschlüsse in Fragen der Grundsätze der proletarischen Taktik und zwischenvölkischen Beziehungen. Chasanowitsch drückte die Zufriedenheit der Poale-Zion-Organisation darüber aus, daß die Wahrnehmung der Interessen der unterdrückten Völker zu einem Ziele der Internationale erklärt wird und fügte hinzu, dass, wenn diese Bestimmung wirklich durchgeführt wird, die unterdrückten Völker zu der Internationale mit Vertrauen emporblicken werden und dass sie dadurch ihre Autorität in hohem Maße steigern würde.

Konferenz der schweiz. ostjüdischen Organisationen.

Zweck dieser für den 17. und 18. August 1919 einberufenen Konferenz ist die Schaffung einer Organisation der Ostjuden in der Schweiz zur Wahrung ihrer speziellen Interessen, wie auch die organisatorische Zusammenfassung der in der Schweiz lebenden Ost- und Westjuden. Diese Organisation stellt sich zur Aufgabe, die Wahrnehmung der jüdischen Interessen gegenüber den Behörden und den Kampf gegen den sich immer mehr verbreitenden Antisemitismus, wie auch die einheitliche Durchführung eines Hilfswerkes für die infolge der jetzigen Lage in Not geratenen Familien und Studenten. Gegenwärtig ist die Zeit der Zusammenfassung aller Juden der Welt gekommen. Die grossen Fragen des jüdischen Lebens wie Emigration und Wiederaufbau in Palästina und im Galuth stellen das Judentum vor grosse Aufgaben, die ebenfalls behandelt werden sollen.

Die einberufende Organisation wendet sich an sämtliche ostjüdische Organisationen der Schweiz mit der Aufforderung, zwei Delegierte von jedem Verein zur Konferenz zu entsenden.

Letzte Nachrichten.

Paris, 7. Aug. (Havas.) Der Oberste Rat hat sich gestern nachmittag versammelt. Er hat den Text des Vertrages, welcher zur Uebergabe an die alliierten und assoziierten Mächte, die Tschechoslowakei und Rumänien speziell vorbereitet war, genehmigt. Der Vertrag über die Rechte der Minderheiten stimmt mit dem überein, der zwischen Polen und den alliierten und assoziierten Mächten unterzeichnet wurde.

Presse- und Verlags-Notizen.

— Der Herausgeber des „Jsr. Wochenblatt für die Schweiz“ und Verfasser zahlreicher literarischer und zionistischer Schriften, David Weinbaum, feiert am 9. August seinen 60. Geburtstag.

— Zu der von uns in Nr. 47 gebrachten Notiz über die „Suisse-Orient“ sei ergänzend bemerkt, dass diese Wochenschrift eine Gründung des Zionisten Dr. jur. Michael Schabad ist, der er auch als Herausgeber und Chefredakteur vorsteht.